Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über die kurzfristige Schliessung der Polizeiposten während der Sommermonate

eröffnet am 20. Juni 2022

Die Überarbeitung des Stationierungskonzeptes der Luzerner Polizei ist Teil der Organisationsentwicklung (OE) 2030. Aufgrund der grossen Tragweite der Massnahmen der OE 2030 (insbesondere Stationierungskonzept) hat das Luzerner Kantonsparlament im März 2022 verlangt, eine Vernehmlassung durchzuführen. Diese läuft bis am 8. Juli 2022.

Am 10. Juni 2022 erfuhr die Luzerner Bevölkerung durch eine Medienmitteilung von geplanten Schliessungen von Polizeiposten ab dem 13. Juni 2022 bis spätestens Ende August 2022. Dies aufgrund von unvorhergesehenen Einsätzen zur Gewährleistung der Sicherheit an Veranstaltungen und Tagungen. Neben der Schliessung von 22 Posten werden auch Aus- und Weiterbildungen bei der Polizei gestrichen.

Vor dem Hintergrund dieser kurzfristigen Beschlüsse seitens der Polizeiführung bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel zusätzliches Personal wäre notwendig, um den Regelbetrieb auch im Sommer aufrechterhalten zu können?
2. Wie viele zusätzliche Ressourcen können durch die Schliessungen der Polizeiposten geschaffen werden?
3. Ist künftig mit weiteren temporären Schliessungen zu rechnen?
4. Warum wurden die Gemeinden erneut nicht über die Schliessung der Polizeiposten informiert? Was beinhaltet das Kommunikationskonzept gegenüber den Gemeinden?
5. Wie unterscheidet sich die Notfallpersonalplanung vom geplanten neuen Stationierungskonzept gemäss OE 2030?
6. Welche Sicherheitsleistungen (Prävention, Intervention, Strafverfolgung) der Luzerner Polizei stehen der Luzerner Bevölkerung konkret während des bevorstehenden Sommers nicht zur Verfügung?
7. Seit wann sind die in der Medienmitteilung vom 10. Juni 2022 genannten Veranstaltungen und Tagungen, zu deren Sicherheit die Luzerner Polizei beitragen muss, bekannt? Warum hat die Luzerner Polizei nicht früher reagiert?
8. Für das neue Stationierungskonzept beziehungsweise die Organisationsentwicklung 2030 war ursprünglich keine Vernehmlassung geplant. Nachdem der Kantonsrat eine solche verlangt hatte, werden nun Tatsachen geschaffen. Wie beurteilt der Regierungsrat dieses Vorgehen demokratiepolitisch?
9. Wie viele Aus- und Weiterbildungstage müssen sistiert werden? Welche Arten von Aus- und Weiterbildungen sind betroffen?
10. Ab wann sind diese Aus- und Weiterbildungen für die Polizistinnen und Polizisten wieder möglich?
11. Wie werden sich die zusätzlichen Sicherheitsaufgaben während der Sommermonate voraussichtlich auf die Überzeiteinsätze der Polizistinnen und Polizisten im Vergleich zu heute auswirken? Werden in Zukunft weitere Leistungsbeschränkungen nötig sein, und wenn ja, welche?

Setz Isenegger Melanie

Widmer Reichlin Gisela
Budmiger Marcel
Engler Pia
Fanaj Ylfete
Meier Anja
Sager Stephanie
Ledergerber Michael
Roth David